Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 54 (1960)

Heft: 3-4

Artikel: Weltrundschau : eine brüchige Weltordnung ; "Noch ist es Zeit, Bruder!" ; Der westdeutsche Militärplan ; Zug nach links in Amerika? ; Dollar und Rubel ; Italien und die Sozialisten ; Begegnung mit der Revolution

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140455

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurz offiziell als internationale Sekretärin, tatsächlich aber als Leiterin. Es handelt sich um eine ökumenische Laienbewegung, der es vor allem darum geht, jeden Nährboden für Haß und Unfrieden zu beseitigen. Als Flüchtlingsmutter betreut Frau Dr. Kurz alle jene Flüchtlinge, die aus irgendeinem Grund nicht in die Kategorien der großen Flüchtlingshilfswerke passen. Besonders gilt ihre Anteilnahme dem Volke Israel und den rassisch Verfolgten. Sie leidet in Trauer und Beschämung darunter, daß in unserem Jahrhundert Christen an den Juden furchtbare Verbrechen begangen haben und farbige Menschen in ihrer angestammten Heimat unterdrücken. Überall möchte sie Friedenszeichen aufrichten, bei uns und auch in fernen Ländern. Vor zwei Jahren hat ihr die Theologische Fakultät Zürich den Titel eines Ehrendoktors verliehen. An ihrem 70. Geburtstag gedachten unzählige Menschen dieser mütterlichen Frau, die ihnen Lichtstrahlen der Liebe schenkte. *EPD*

WELTRUNDSCHAU

Eine brüchige Weltordnung Es geht jetzt rasch der vielberufenen *Gipfelkonferenz* entgegen. Die Pläne und sonstigen Vorbereitungen dafür, eingeschlossen die zahllosen Besuchsreisen der Staatsmänner usw., nähern sich der Vollendung — auf beiden Seiten. Und dann kann das Seilziehen losgehen, das — wie allgemein erwartet wird — sehr zäh und vielleicht auch langwierig sein wird.

Mit welchen Absichten gehen die Konferenzteilnehmer nach Paris? Auf westmächtlicher Seite sind bei den Zusammenkünften der Regierungshäupter, der Außenminister und der Militärführer Amerikas, Englands, Frankreichs und Westdeutschlands, die im Dezember 1959 in der französischen Hauptstadt veranstaltet wurden, die Hauptlinien der Kampfführung nicht nur für die Gipfelkonferenz vom Mai, sondern auch für allfällige weitere Treffen auf höchster Ebene, die damit eine ständige Einrichtung würden, bereits festgesetzt worden. Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

Die Weltpolitik wird grundsätzlich von einem Direktorium der vier westlichen Großmächte — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland — bestimmt. Die Sowjetunion wird nach Bedarf dazu eingeladen. Die Deutsche Bundesrepublik wird als beherrschende militärisch-wirtschaftliche Macht des europäischen Festlandes anerkannt. Frankreichs neues Streben nach Großmachtsrang wird, so gut es geht, befriedigt werden. Die kleineren NATO-Staaten und die lateinamerikanischen Regierungen werden auf dem

laufenden gehalten und regelmäßig befragt werden; Asien und Afrika haben überhaupt nicht mitzusprechen. Die Organisation der Vereinten Nationen wird auf einen zweiten Platz geschoben, sofern es sich als unmöglich erweist, sie in die Politik der vier Großen einzugliedern.

Das Programm des westlichen Weltdirektoriums ist zweifellos ehrgeizig. Es hat, wie Scott Nearing in der Neuyorker «Monthly Review» schreibt, nur den Fehler, daß es auf Grundlagen aufgebaut ist, die schon seit etlichen Jahrzehnten am Zusammenbrechen sind: auf einem überholten (wenn auch neuaufgeputzten) kapitalistischen Wirtschaftssystem, einem mechanisch fortgesetzten militärischen Wettrüsten und einem hartnäckig festgehaltenen, obschon mehr oder weniger modernisierten Kolonialismus. Der Kapitalismus wird trotz all seinen blendenden Erfolgen auf immer enger werdende Räume innerhalb des Weltganzen zurückgedrängt. Das Wettrüsten kann höchstens noch zum Ruin der großen und kleinen Militärstaaten, wenn nicht zur Vernichtung der Menschheit, führen. Und der Kolonialismus verliert in Asien und Afrika wie in Lateinamerika so rapid an Boden, daß sein Ende kaum mehr sehr fern ist. Der Versuch, Weltherrschaft auf die schmale geographische Basis von Westeuropa und Nordamerika zu gründen, Osteuropa, Asien und Afrika aber von der gleichberechtigten Mitsprache auszuschließen, *muß* fehlschlagen. Denn seit 40 Jahren schon ist außerhalb Westeuropas und Nordamerikas eine neue Welt im Entstehen, die freilich von der alten Welt aus mit allen Mitteln der Politik und Diplomatie, der Wirtschaft und der Propaganda niedergehalten, bekämpft und verlästert wird, mit vorübergehendem Erfolg zwar, aber auf die Länge doch vergeblich. «Verdrehung, Entstellung, Verleumdung, Boykott, Blockade, Hilfsgelder für Wühler, Saboteure und Aufwiegler und militärisches Eingreifen großen Stils — all das kam», so erinnert uns Nearing, «zur Anwendung in einem sozialismusfeindlichen Kreuzzug, der darauf ausging, die neue sozialistische Ordnung zurückzudrängen, zu unterhöhlen, auszuhungern und womöglich zu vernichten. Der Proteststurm, der zur Zeit der amerikanischen und französischen Revolution gegen die Republikaner entfacht wurde, war noch mild und wirkungslos im Vergleich zu der Sturmflut von Feindseligkeit, die nach 1917 gegen die Kollektivisten losbrach ... Die westlichen Staatsmänner gewannen im 19. Jahrhundert die Führung der Welt. In den Jahren zwischen 1905 und 1919 suchten sie die Weltmacht neu zu verteilen. Aus ihrem Mißerfolg entsprang die Russische Revolution. Von 1932 bis 1945 suchten sie aufs neue die Gegensätze unter den imperialistischen Mächten zu schlichten und die revolutionären Bewegungen in Europa und Asien zu zerschlagen. Sie erlitten einen neuen Mißerfolg. Der zweite Fehlschlag führte zum Verlust der großen Kolonialgebiete in Asien und Afrika. Nun ... schicken sich die Finanzimperialisten an, einen dritten Versuch ins Werk zu setzen, um ihre geschlagenen kapitalistischen und imperialistischen Kräfte wieder

zu sammeln und das Revolutionsfeuer einzudämmen, das über Asien und Afrika hinfegt. Aber der dritte Anlauf, den Kapitalismus wieder zu festigen und zu verjüngen, wird ebenso scheitern wie seine beiden Vorgänger. Sein Fehlschlag wird das Ende des Kapitalismus als beherrschende Weltkraft bedeuten. Er wird auch sozialistischen Baumeistern den Weg bahnen, dem Menschengeschlecht eine neue Heimstatt zu schaffen.»

„Noch ist es Zeit, Bruder!" Es kann kein Zweifel daran sein, daß die Überwindung des Kapitalismus und die Grundlegung einer sozialistischen Weltordnung einer geschichtlichen Notwendigkeit entspricht. Sie verbindet sich mit der andern, noch dringlicheren Notwendigkeit, die zu einem dritten Weltkrieg treibenden Kräfte lahmzulegen und eine gefestigte, friedliche Völkerordnung zu schaffen. Der gewaltige Menschheitskampf unserer Zeit spielt sich auf diesen beiden Linien ab, die immer wieder auf die verschiedenste Art durcheinanderlaufen und sich bald hemmend, bald vorwärtstreibend begegnen und überschneiden. Die Führung im Kampf für den Frieden wie für den Sozialismus beansprucht, wie man weiß, die Sowjetunion und, mit ihr verbündet, nun immer mehr — mindestens in Asien — auch die Chinesische Volksrepublik. Aber es versteht sich für uns von selber, daß wir die Sache weder des Friedens noch des Sozialismus einfach mit der Politik dieser beiden Reiche gleichsetzen können. Wir gehen mit ihnen einig, soweit sie nach unserer Kenntnis der Dinge wirklich der Überwindung allen Kriegswesens und aller kapitalistisch-materialistischen Wirtschaftsmethoden samt den zugehörigen Gesellschafts- und Kulturformen dienen. Wo das nicht der Fall ist, lehnen wir ihr Vorgehen im Namen des Friedens-, Freiheits- und Gerechtigkeitsgeistes ab, der für uns — ohne daß wir dafür ein engherziges Monopol beanspruchen würden — seine reinste Quelle und stärkste Kraft in der Botschaft der Bibel hat. Das ändert indessen nichts daran, daß wir in der Beobachtung und Beurteilung der Kräfte, die den Gang der Weltereignisse bestimmen, so wirklichkeitsgemäß als möglich auch den Antrieben und Absichten der vielgeschmähten Ostblockstaaten gerecht werden müssen. Wir fragen uns also im Blick auf die Pariser Gipfelkonferenz, was wohl im Rahmen ihrer politischen Gesamtstrategie die Taktik der Russen in den beiden Hauptfragen sein wird, die dort aufs Tapet kommen: der deutschen Frage und der Abrüstungsfrage.

In der *deutschen Frage* scheint es uns immer klarer, daß die Sowjetpolitik die westdeutschen Stellungen frontal angreifen und mit allen Mitteln eine ihr günstige Neuregelung des Statuts von Berlin erstreben wird, womöglich in Form einer neutralisierten Freistadt. Wenn die Westmächte, wie die Bonner Regierung von ihnen kategorisch verlangt, darauf nicht eintreten werden und auch jede Annäherung an den sowjetischen Standpunkt ablehnen sollten, wird Moskau zwei-

fellos den längst angekündigten Sonderfrieden mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) abschließen, die dadurch in aller Form zum souveränen Staat erklärt würde, mit voller Verfügungsfreiheit auch über ihre Zugangswege auf dem Land und in der Luft. Der Westen soll dadurch gezwungen werden, mindestens tatsächlich, mit der Zeit aber auch rechtlich die DDR anzuerkennen und mit ihr zu verhandeln. Ein gutwilliges Einlenken des Westens scheint hier fast ausgeschlossen.

Im westmächtlichen Lager bestünde zwar nicht übel Neigung, den Russen in der Berliner Frage etwelche Zugeständnisse zu machen; die britische Regierung versucht schon lange, Washington dafür zu gewinnen, und im Staatsdepartement sagt man auch keineswegs unbedingt nein, aber das Militärdepartement (der Pentagon) will davon ganz und gar nichts wissen, und Eisenhower ist zu schwach, um den Generälen ernsthaft zu widerstehen. De Gaulle war bisher auch eher für den schärferen Kurs, scheint jedoch neuerdings größere Selbstsicherheit an den Tag zu legen, die es ihm vielleicht erlauben würde, ohne den Anschein von Schwäche sich etwas geschmeidiger zu zeigen. Aber das große Hindernis bleibt eben die starre und sture Haltung der Bonner Regierung, die im gleichen Grad anmaßender und rücksichtsloser wird, je weiter ihre militärische Aufrüstung fortschreitet (siehe die spanische Affäre, von der gleich die Rede sein wird). Adenauer nützt denn auch die Unsicherheit auf westalliierter Seite weidlich aus und schwenkt dazu noch kräftig die rote Vogelscheuche, so daß an ein Durchdringen der Politik Macmillans in der deutschen Frage kaum zu denken ist.

In der *Abrüstungsfrage* mag eine Verständigung eher möglich sein. Chruschtschew wird nicht auf seinem Maximalplan — der völligen Auflösung der Armeen und militärischen Einrichtungen innert vier Jahren — beharren; er wird sich mit der Einigung auf eine erste Abrüstungsstufe begnügen, und der neue, dreiteilige amerikanische Plan, an dessen Ende eine «internationale Friedenspolizei» steht, dürfte ihm ein Entgegenkommen erleichtern, wenn auch dieser Plan zunächst nur für die am 15. März in Genf beginnende Abrüstungskonferenz der zehn Mächte bestimmt ist. Die große Frage bleibt freilich immer, ob und wie weit sich der Abrüstungswille des amerikanischen Staatsdepartements mit dem Aufrüstungswillen des Militärdepartements verträgt, das von der fixen Idee besessen ist, ein technischer Vorsprung der Russen könne das ganze Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten, ja ihre Existenz selber unmittelbar in Frage stellen.

Dazu kommt die Sorge der Rüstungsinteressenten und weiter Kreise der amerikanischen Bevölkerung, eine massive Abrüstung werde den Wirtschaftskörper der USA aufs schwerste erschüttern und eine riesige Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Auch in der unabhängig-sozialdemokratischen Neuyorker Zeitschrift «Dissent»

(Nr. 1/1960) bezweifelt ein Mitarbeiter wohl mit Recht, daß die amerikanische Bundesversammlung bereit wäre, zugunsten einer internationalen Abrüstung die rund 45 Milliarden Dollar, die jetzt die Kriegsvorbereitung jährlich kostet, irgendwelchen Friedenszwecken in den Vereinigten Staaten selbst und in den unterentwickelten Ländern zuzuführen, um die Wirtschaft voll in Gang zu halten.

Aber — auch wenn man einmal von Amerika absehen will — wo ist der Abrüstungswille seiner Verbündeten und der (mehr oder weniger) Neutralen? Wenn auch alles abrüsten sollte — die Schweiz zum Beispiel wird sich unter dem gegenwärtigen Regime nie und nimmer «wehrlos machen» ... In England diskutiert man zwar ernst und heftig über die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, die schweren und doch nutzlosen Rüstungslasten abzuschütteln. Aber *Frankreich*? Herr de Gaulle hat die Versuchsexplosion mit seiner Sahara-Atombombe einfach erzwungen, erpreßt. Er hat die Proteste der ganzen übrigen Welt gelassen in Kauf genommen; er hat der kaum verhüllten Mißbilligung Amerikas die Stirn geboten; er hat sich zynisch über eine Entschließung der UNO-Versammlung hinweggesetzt, aber seine Atombombe mußte er um jeden Preis haben, um den Großmachtscharakter Frankreichs zu beweisen. Was er *wirklich* erreicht hat, ist der Beweis, daß auch ein Industrieapparat mäßigen Umfangs mit keineswegs erstklassigen wissenschaftlich-technischen Spezialisten imstand ist, Atombomben zu bauen. Was aber, wenn auch Nasser und Tschiang Kai-schek, Franco und Verwoerd, der südafrikanische Rassenfanatiker, solche Dinger in die Hand bekommen? — Von Strauß und Adenauer gar nicht zu reden! Und was wäre wohl passiert, wenn Frankreich schon 1954, als die Niederlage in Indochina vor der Tür stand, seine Atombombe gehabt hätte? Bidault war ja damals zu allem entschlossen und konnte nur durch Englands Weigerung, da mitzumachen, von der Entfesselung des Atomkriegs gegen China abgehalten werden.

Der Menschheit droht Entsetzliches, wenn sich die Atombombenseuche weiter ausdehnt. Manche Leser werden den Film «Das letzte Ufer» gesehen haben. Obwohl die Wirklichkeit einer atomaren Ausrottung der Erdbevölkerung unendlich grauenhafter wäre, als es nach dem Film scheinen könnte, verfolgen mich diese unheimlichen Kamerabilder seitdem bis in den Schlaf. Und die — freilich anders gemeinte — Mahnung der Heilsarmee: «Noch ist es Zeit, Bruder!» sollte uns nicht mehr loslassen, bis wir das wahnsinnige Verbrechen der Kernwaffenrüstung unwiderruflich ausgetilgt haben. Noch ist es — vielleicht! — Zeit dazu; aber wie lang noch?

Der westdeutsche Militärplan Frankreichs atomare Aufrüstung ist um so gefährlicher, als *Westdeutschland* seine Kriegsrüstung mit noch rücksichtsloserer Konsequenz und Dreistigkeit vorwärtstreibt als bisher. Von ostdeutscher

Seite ist dem Bonner Wehrmachtsminister, Franz Josef Strauß, der Ausspruch zugeschrieben worden: «Zunächst erfüllen wir unseren militärischen NATO-Beitrag. Wenn aber die Bundeswehr einsatzbereit steht, dann reden wir mit den hirnverbrannten Moskaufahrern und Entspannungsaposteln mal richtig deutsch und zeigen ihnen, wer die NATO wirklich führt.» Man könnte an der Echtheit dieses Spruches, wenn man wollte, Zweifel hegen. Aber was Herr Strauß da gesagt haben soll, stimmt so vollkommen nicht nur mit seiner brutalen Ausdrucksweise, sondern auch mit der ganzen von ihm geleiteten Wehrmachtspolitik zusammen, daß es zum mindesten durchaus echt und glaubhaft klingt. Wie Gerhard Gleißberg in der Hamburger «Anderen Zeitung» (Nr. 9) ganz richtig schreibt, sind die Zweifel an der Gefährlichkeit der westdeutschen Militärpläne nun erst recht im Schwinden «seit dem 23. Februar, an dem durch einen Artikel des Herausgebers der ‚New York Times', C. L. Sulzberger, der ganzen Welt bekannt wurde, daß die westdeutsche Bundeswehr mit der Franco-Regierung seit dem Bonner Besuch des spanischen Außenministers Castiella im vorigen Herbst über die Errichtung eigener militärischer Stützpunkte in Spanien verhandelt. Daß man in Bonn diese Enthüllung so dreist zu dementieren versuchte, wie man seit 1949 jeden Schritt der westdeutschen Aufrüstung so lange abgeleugnet hat, bis er vollzogene Tatsache war, hat das, was Sulzberger schrieb, nur bestätigt und die Bonner Absichten in den Augen der Welt nur noch verdächtiger gemacht. Als man in Bonn merkte, daß sich die Welt nicht belügen ließ, versuchte man es mit abschwächenden Teilgeständnissen: es handle sich nur um «Nachschubdepots» für die Bundeswehr in Spanien, allenfalls um ‚Übungsplätze', freilich auch um Flugplätze, da der ‚Luftraum' über Westdeutschland zu klein für die Bundeswehr sei, — aber diese Teilgeständnisse konnten nichts mehr daran ändern, daß der Weltöffentlichkeit auch jener Teil der Wahrheit bekannt ist, den man in Bonn (mit Schimpfen über ‚Indiskretionen') krampfhaft verschweigt: daß es, wie schon Sulzberger andeutete, auch um westdeutsche Raketenabschußplätze in Spanien geht, und, wie jüngst der britische Labour-Abgeordnete Edwards erklärte, bereits eine Raketenfabrik in Spanien für die westdeutsche Bundeswehr im Bau ist.»

Die letzte Behauptung wird von westdeutscher Seite — ausnahmsweise — glaubhaft bestritten. Aber im Ganzen kann man die spanischen Pläne der Bonner Rüstungspolitiker nicht ernst genug nehmen. Zum Glück ist durch die Enthüllung der «Sondierungen», die die Regierung Adenauer in Madrid hinter dem Rücken oder auf jeden Fall gegen den Willen der Westmächte vorgenommen hat, die öffentliche Meinung besonders in England und Frankreich heftig aufgerüttelt worden. Der «New Statesman» nimmt kein Blatt vor den Mund: «Vor etwas über 20 Jahren haben Hitlers Wehrmacht und Luftwaffe den spanischen Bürgerkrieg als realistisches Übungsfeld für ihre neuen

technischen Methoden und Waffen benützt. Jetzt stehen sie, im Besitz noch unendlich tödlicherer Waffen, im Begriff, von neuem dorthin zurückzukehren ... Diese letzte Stufe der westdeutschen Aufrüstung (ist) ein Akt bewußter Herausforderung gegenüber den demokratischen Grundsätzen, auf denen das NATO-Bündnis angeblich beruht, eine Beschimpfung des Andenkens derer, die in Spanien wie später in der ganzen Welt im Dienste der Wiederherstellung des Völkerrechtes gestorben sind.» Der deutsche Vorstoß in Spanien, so stellt das einflußreiche Londoner Blatt fest, erfolgte «unter klarem Bruch der feierlichen Verpflichtungen, die Westdeutschland einging, als die Westeuropäische Union gebildet und es selbst in die NATO aufgenommen wurde ... Er ist nur der letzte, wenn auch der sensationellste einer Reihe von Schritten, mit denen Deutschland die Beschränkungen umgeht, die im Jahr 1954 seiner militärischen Handlungsfreiheit auferlegt wurden ... Der Hauptzweck von Deutschlands geplanter Abmachung mit Spanien kann nur darin bestehen, sich Abschußrampen für die geheime Erprobung strategischer Waffen zu sichern.»

Ähnliches vermutet Anne Laurens im Pariser «Observateur» (3. März): «Es steht fest, daß Bonn eine von der NATO unabhängige Armee schaffen will, die eigene moderne Waffen besitzt. Bei der Vorbereitung darauf liegt der Vorteil von Stützpunkten in Spanien darin, daß dieses Land nicht dem Atlantikbund angehört und außerhalb der diplomatischen Reichweite der Inspektionen des Kontrollamtes des Pariser Vertrages steht, das Deutschland gerade verhindern soll, auf eigene Rechnung Kernwaffen herzustellen und zu besitzen. Was Deutschland plant, unterliegt also keinem Zweifel. Er glaubte einmal, seine Absicht in einem System gemeinsamer Militärproduktion mit Frankreich verwirklichen zu können. Heute ist es überzeugt, daß es nicht auf General de Gaulle zählen kann, um zu seinem Ziel zu kommen, und hat sich nun auf das spanische Abenteuer eingelassen, trotz dem Mißvergnügen seiner Verbündeten. Es wäre kindisch, anzunehmen, daß es darauf verzichten würde, eine ‚vollberechtigte' Militär- und Atommacht in Europa zu werden.»

Um so trauriger die Haltung der übrigen Westmächte. Die Beunruhigung, ja Bestürzung, die anfänglich auch ihre amtlichen Kreise ob dem deutsch-spanischen Techtelmechtel an den Tag legten, ist auffallend schnell einer grundsätzlichen Billigung des sachlichen Zieles der westdeutschen Schritte gewichen. Man wünscht nur noch, daß Bonn die «Nachschublager», Übungsplätze usw., die es im Ausland unbedingt zu brauchen erklärt, im Einvernehmen mit der NATO anlege. Offenbar hat man immer noch die Vorstellung, daß man damit den westdeutschen Tatendrang am ehesten zügeln und sogar in den Dienst der eigenen Politik — gegen den Osten natürlich — stellen könne. Aber was für eine Verblendung ist das doch! Das «demokratische» Deutschland Adenauers wird alle formalen Beschränkungen seines Machtwillens ebenso hemmungslos abwerfen, wie das Hit-

lers Drittes Reich getan hat und wie schon das wilhelminische Kaiserreich vertragliche und völkerrechtliche Verpflichtungen als lästige «Papierfetzen» zerrissen hat. Wehe der Welt, wenn dieser Tag da sein wird! Das Erwachen aus dem süßen Traum, dem man sich in töricht-blindem Antikommunismus hingegeben hat, wird dann ebenso zu spät kommen, wie es 1939 zu spät war, Hitler in den Zügel zu fallen.

Zug nach links in Amerika! Denn das liegt ja auf der Hand: Die Hilfe, die die Westmächte der Deutschen Bundesrepublik, ihrem neuen Kapitalismus und ihrer neuen Aufrüstung angedeihen lassen, hat ihren entscheidenden Grund in der Berechnung, sie würden die wiederaufgerichtete deutsche Großmacht zu gegebener Zeit in den Endkampf gegen den östlichen Kommunismus einsetzen können. Hier trifft also das Ringen um den Frieden mit dem Ringen um eine soziale, ja sozialistische Neuordnung der Welt zusammen. Ohne daß man die Grundlegung einer sozialistischen Ordnung als *Voraussetzung* für die Aufrichtung eines haltbaren Völkerfriedens bezeichnen dürfte, ist es doch sicher, daß eine mehr und mehr durchbrechende Bewegung im Westen *in der Richtung* auf den Sozialismus für den Friedenskampf eine unermeßliche Hilfe darstellen würde. Der westliche Antikommunismus, dessen weitaus stärkste Triebkraft kapitalistisch-gegenrevolutionärer Natur ist, verlöre damit seine hypnotisierende Macht in einem Maße, daß die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf geistigem und wirtschaftlich-sozialem, also jedenfalls nicht militärischem Boden erfolgen könnte.

Von einem solchen Durchbruch ist nun freilich auch nur annäherungsweise nichts zu bemerken. Höchstens von Anzeichen einer Abschwächung des wüstesten Antikommunismus in gewissen Ländern. Dazu gehören namentlich auch die *Vereinigten Staaten*, die Heimat des für das angeblich liberale Amerika so beschämenden McCarthyismus. Schon vor dem Tod McCarthys hatte die von ihm entfachte «Hexenjagd» an Zugkraft eingebüßt, und heute kann drüben sogar eine Biographie des Meisterdemagogen erscheinen, die ihn in seiner ganzen Schmutzigkeit und Verlogenheit bloßstellt. «McCarthy», so erzählt man nun dem amerikanischen und internationalen Publikum, «hatte Erfolg nicht *trotz*, sondern *wegen* seiner Lügen und seiner Gesetzesverachtung ... Er begann seine Verbrecherlaufbahn als Richter in Wisconsin, indem er gewisse Schriftstücke verbrannte, die dem Appellationsgericht bewiesen hätten, daß er bestochen worden war, um einen bestimmten Entscheid zu fällen ... Sein erster Akt handgreiflicher Bestechlichkeit als Senator war, daß er 10 000 Dollar von der Lustron AG annahm, der er eine Vorlage für staatlichen Wohnungsbau bodigen half. Später kassierte er allwöchentlich Tausende von Dollars für seinen antikommunistischen Kreuzzug ein und

verwendete sie für sich selber, da er keinerlei Organisation hinter sich hatte.» Und so ging das weiter, ohne daß irgend ein Gericht, irgend eine parlamentarische Körperschaft, irgend eine hochgestellte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens wirksam gegen McCarthy einzuschreiten wagte. Bis in die obersten Staatsstellungen hinauf kroch alles feig vor einem Menschen, von dem jeder, der es erfahren wollte, genau wußte, daß er ein krankhaft zu nennender, jedenfalls vollkommen gewissenloser Betrüger und Volksverführer war — bis der ehemalige Nationalheld sein Leben in Trunk, Spiel und Grundstückspekulation beschloß.

Ein Trost, daß der Bann des McCarthyismus wenigstens in seinen ärgsten Formen nun doch gebrochen scheint. Insbesondere im Filmwesen, im Buchverlag, in der Tages- und Zeitschriftenpresse wie im Hochschulbetrieb herrscht wieder eine freiere, anständigere Luft, wobei allerdings die wissenschaftlichen und technischen Erfolge der Sowjetunion kräftig mitgeholfen haben, die McCarthy-Seuche einzudämmen, deren Nährboden der Glaube war, daß Amerika in allen Dingen an der Spitze stehe und nur ein «Roter» das in Zweifel ziehen könne . . .

Ob diesem Wiedererwachen liberaler Gesinnung und Haltung in den Vereinigten Staaten auch ein Vordringen antikapitalistischer, sozialfortschrittlicher Bestrebungen folgen wird, steht dahin. Der für die Arbeiter verhältnismäßig günstige Abschluß des Stahlarbeiterstreiks mag immerhin, wie die «Monthly Review» schreibt (Februar 1960), den Beginn einer Periode anzeigen, die den kämpferischen Geist in der Arbeiterschaft erneut aufruft. Die Zeit, da Unternehmer und Gewerkschaften «wirtschaftsfriedlich» zusammenarbeiteten, um die Konjunkturprofite unter sich zu verteilen, scheint vorbei zu sein; der amerikanische Kapitalismus hat wieder — nicht zuletzt infolge der schärferen Konkurrenz des Auslands — härter zu kämpfen und ist weniger zu Zugeständnissen an die Arbeiter bereit. Daraus kann sich eine gewisse Radikalisierung der Gewerkschaften ergeben, die auch auf das Parteileben übergreifen müßte und die amerikanische Innenpolitik aus dem Zustand von Stockung und Versumpfung herauszuführen geeignet wäre, in den sie seit Jahr und Tag verfallen ist. Nur darf man davon noch lang keine Erschütterung der reaktionär-kapitalistischen Klassenherrschaft erwarten, die die Vereinigten Staaten zum Bollwerk der internationalen Gegenrevolution und — neben Westdeutschland — zur bedrohlichsten Kriegskraft gemacht hat.

Dollar und Rubel Vorerst bestimmen eben immer noch die Interessen der besitzenden Oberklasse die äußere wie die innere Politik Nordamerikas. Im Dienst dieser Interessen stand auch die Besuchsreise Präsident Eisenhowers in einigen

wichtigen Staaten *Südamerikas*. Ihren Zweck hat eine Washingtoner Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» (vom 21. Februar) ebenso naiv wie zutreffend umschrieben mit dem Hinweis darauf, daß es sich dabei um die «Gestaltung der amerikanischen Politik gegenüber den in revolutionärem Entwicklungsfieber begriffenen lateinamerikanischen Republiken» handelt. Genauer: um die Abschirmung Südamerikas gegenüber den «unheilvollen» Ausstrahlungen der kubanischen Revolution, die sich im ganzen übrigen Lateinamerika bedenklichster Sympathien erfreut. Fidel Castro, der neue Diktator Kubas, ist tatsächlich zum Schreckgespenst der US-Kapitalisten geworden. «Ein Gefahrensignal, das in ganz Lateinamerika bemerkt wird», so stellt «US News & World Report» (22. Februar) fest, «ist die Tatsache, daß das Einströmen von US-Anlagedollar nach Kuba jetzt völlig zum Stillstand gekommen ist. Die Amerikaner, die bereits annähernd eine Milliarde Dollar in Kuba hineingesteckt haben, scheinen keine Lust zu haben, noch mehr zu verlieren.» Und in Südamerika, wo man mehr als alles andere Dollar begehrt, fürchtet man, daß sich das nordamerikanische Kapital von weiteren profitsuchenden Anlagen auch in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Chile usw. abschrecken lasse.

Eisenhower hatte also die Aufgabe, die Südamerikaner — das heißt ihre regierenden Schichten — zu beruhigen, mit ihnen über die Eindämmung des «revolutionären Entwicklungsfiebers» zu beraten und sie des ferneren guten Willens der nordamerikanischen Regierung und der US-Privatkapitalisten zum Offenhalten des Dollarstromes zu versichern. Ob ihm das gelungen ist, muß sich erst zeigen; die Presse spricht zwar von einem «großen persönlichen Erfolg» des nordamerikanischen Präsidenten, vermerkt aber auch, daß sich Eisenhower gehütet habe, irgendwelche greifbaren Versprechungen in bezug auf eine wesentliche Verstärkung der amtlichen und privaten Finanzhilfe an südamerikanische Länder zu machen.

Anders verhielt sich Chruschtschew auf seiner jüngsten Werbereise in *Süd- und Südostasien*, die ungefähr gleichzeitig mit Eisenhowers Besuchsfahrt ablief. Sein «persönlicher Erfolg» mag geringer gewesen sein als der des amerikanischen Präsidenten, obwohl sich die «Neue Zürcher Zeitung» aus Delhi berichten ließ (in Nr. 601), das wichtigste Ergebnis der Indienfahrt Chruschtschews bestehe darin, «daß sie eine erhebliche politische Aufwertung Moskaus in Indien bewirkte». Die Besprechung Nehrus mit Tschu En-lai wegen des indisch-chinesischen Grenzstreites, die nun doch zustandekommen wird, ist sicher der Vermittlertätigkeit des Sowjetführers zu verdanken. Und auch in Burma, Indonesien und Afghanistan hat Chruschtschew kaum vergebens die Solidarität der Sowjetunion mit den entwicklungsbedürftigen Ländern Asiens verkündet. Aber die Hauptsache ist, daß sich diese Solidarität sofort in festen Abmachungen und verbindlichen Zusagen über sowjetische Hilfeleistungen ausdrückte: Anleihen, Lieferung ganzer Fabrikausrüstungen und Kraft-

werkanlagen, Erstellung und Ausstattung von Spitälern und Forschungsanstalten, Handelserleichterungen und -vermehrungen usw. Die Ankündigung einer in Moskau zu errichtenden Hochschule für Studenten aus unterentwickelten Ländern steht dabei nicht an letzter Stelle.

Was den Ländern Asiens und Afrikas, die sowjetische Hilfe bekommen, besonders Eindruck macht, das sind die günstigen Bedingungen, unter denen diese Leistungen erfolgen (langfristige Kredite zu niedrigem Zins ohne sonstige Auflagen), die Möglichkeit einer Rückzahlung der Anleihen mit Ausfuhrgütern oder in der Landeswährung und die Entsendung von Fachkräften aller Art in die Entwicklungsländer wie umgekehrt von sowjetischen Angehörigen dieser Länder zur Ausbildung in der Sowjetunion. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den schwachentwickelten Ländern Asiens und Afrikas rasch verstärken, hat sich doch der sowjetische Außenhandel mit den in Frage kommenden 14 Ländern allein von 1953 bis 1957 auf das Fünffache erhöht. Und seither ist höchst wahrscheinlich eine weitere Steigerung eingetreten.

Die amerikanische Auslandshilfe wirtschaftlicher und sozialer Art wird auf die Länge gegen diese sowjetische Anstrengung nicht aufzukommen vermögen. Eisenhower hat zwar schon öfter versichert, das amerikanische System sei auch im Verkehr mit den unterentwickelten Ländern dem sowjetischen überlegen, weil es auf der Freiheit als höchstem Wert beruhe. Aber so einfach ist die Sache wirklich nicht. Was die «zurückgebliebenen» Völker unter Freiheit verstehen, ist in ihrer heutigen Lage in erster Linie Freiheit von Not, von Armut, von Krankheit, von Unwissenheit. Das brauchen sie vor allen anderen Dingen. Dann erst können die politischen Freiheitsrechte und die demokratischen Regierungsformen an die Reihe kommen und sich nutzbringend entfalten, die ja auch in Westeuropa und Nordamerika nicht einfach doktrinär verordnet und «eingeführt» wurden, sondern nur auf einem geistig, wirtschaftlich und kulturell gut vorbereiteten Boden aufblühen konnten. Und die Sowjetunion — wie das neue China — weiß nun eben aus eigener, unendlich schmerzhafter Erfahrung, daß es in unterentwickelten Ländern vor allem gilt, das ganze wirtschaftliche, soziale und politische Gefüge von Grund auf zu ändern, wenn die Völker auf eine höhere, menschenwürdige Lebensstufe gehoben werden sollen. Darum kann sie ihre Auslandhilfe weitestgehend auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der betreffenden Länder einstellen — gewiß nicht aus reiner Nächstenliebe, sondern weil der Vorteil dieser Länder auch *ihr Vorteil* ist, weil die Hilfe, die *sie* ihnen gewährt, sie der Ausbeutung durch den Feudalismus und Kapitalismus entzieht und sie einer sozialistischen Ordnung näherbringt, die zugleich am besten der Sicherung des Völkerfriedens dient.

Nicht so die kapitalistischen Länder, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten. Sie können die Entwicklungsländer nur insoweit unterstützen, als dadurch das kapitalistische Regime auf ihrem eigenen Boden und in den «rückständigen» Gebieten der Welt nicht geschwächt oder gar aufgehoben wird. Sie brauchen die bisher unterentwickelten Nationen auch notwendig für den Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, dürfen also nicht zugeben, daß sich dort selbst revolutionäre Bewegungen und Einrichtungen breit machen. Und sie müssen nicht zuletzt darauf achten, daß sich die Auslandshilfe auch im kapitalistischen Sinn bezahlt macht, also nicht in Anlagen gesteckt wird, die — wie Schulen, Spitäler und gewisse Verkehrseinrichtungen — keine oder erst spät greifbare Profite abwerfen. Ein Beispiel. Der englische Labourabgeordnete Fenner Brockway, ein Vorkämpfer der freiheitsdurstigen Kolonialvölker, berichtet in den «Peace News» (26. Februar) von einer Amerikareise, er habe im Mittelwesten, der riesigen Kornkammer der Vereinigten Staaten, unzählige haushohe Silos gesehen, in denen «überschüssiger» Mais und Weizen aufgespeichert werde. In amerikanischen Häfen lägen außerdem reihenweise Schiffe voller Getreide sinn- und zwecklos vor Anker; das alles, während in Asien und Afrika die Menschen massenhaft Hungers sterben. Als er einem Universitätsprofessor in Minneapolis diesen menschlichen und sittlichen Widersinn vor Augen hielt, meinte der, die Verschenkung des amerikanischen Getreideüberschusses an hungernde Völker würde nur den Mechanismus der (kapitalistischen) Weltwirtschaft aus den Fugen bringen . . .

Anderseits haben Fachleute der Vereinten Nationen kürzlich festgestellt, daß in den letzten beiden Jahren die unterentwickelten Länder in Form niedrigerer Weltmarktpreise für ihre Ausfuhrwaren mindestens ebensoviel verloren haben, wie sie in Form von Anleihen und Hilfsgeldern gewannen. Auch das gehört zum Mechanismus der «freien» Wirtschaft. Namentlich aber verhindert es die vorhin erwähnte Feindseligkeit der kapitalistischen Länder gegen alle sozialrevolutionären Bestrebungen in den Entwicklungsländern, daß die Hilfe, die sie diesen zukommen lassen, der Not an die Wurzel geht und eine neue Führungsschicht ans Ruder kommt. Man denke etwa an Persien, Pakistan, Laos, Formosa, Süd-Vietnam, Süd-Korea und — als neuestes Beispiel — an Kuba. Nein, wo kapitalistisches Denken und kapitalistische Interessen vorherrschen, ist wirksame, durchgreifende Hilfe an die notleidenden Völker nicht möglich. Die Hilfe muß aus einem anderen Geist und mit anderen Methoden kommen. Und wenn die sich frei nennenden Völker des satten Westens dabei von den Kommunisten überspielt werden, so fehlt ihnen jegliches Recht, sich darüber zu entrüsten, daß die «Roten» auf *ihre* Fasson ein Hilfswerk an die Hand nehmen, an das sie selber nicht rechtzeitig und nicht wirksam genug herangegangen sind.

Italien und die Sozialisten All das gilt natürlich auch für *Afrika*, das nicht nur ein unterentwickelter, sondern auch ein noch weithin unter eigentlicher Kolonialherrschaft stehender Erdteil ist. Doch wollen wir uns heute mit einem bloßen raschen Blick auf die dortigen Freiheitskämpfe begnügen, zumal sie in den vergangenen Wochen zu keinen wesentlich neuen Ergebnissen geführt haben. Auch die «neue» *Algerienpolitik* de Gaulles ist ja alles andere als überraschend; die jüngsten Erklärungen des Generals haben nur manchen Leuten die Augen dafür geöffnet, wie zweideutig, ja unehrlich, auf jeden Fall unhaltbar diese Politik von Anfang an war mit ihrem Doppelziel: militärische Niederwerfung der Aufstandsbewegung (wofür de Gaulle offenbar noch einige Jahre in Aussicht nimmt) und dann, wieder nach mehreren Jahren, unter dem Druck der französischen Armee «freie Volksabstimmung», die nach der nun festgelegten Formel «ein algerisches Algerien mit Bindung an Frankreich» bringen soll. Ebenfalls nur gerade erwähnt sei die Brüsseler Konferenz über den *Kongo*, die zur endgültigen Einigung über die Unabhängigkeitserklärung am 30. Juni 1960 geführt hat, und die Londoner Konferenz über *Kenia*, die eine erhebliche Lockerung der weißen Vorherrschaft in der künftigen Verfassung der Kolonie festlegen will, aber die Bodenfrage ungelöst läßt.

Hingegen sei zur Lage in einem der unterentwickelten Länder unseres eigenen Erdteiles, in *Italien*, einiges Notwendige gesagt. *Wie* unterentwickelt unser wundervolles südliches Nachbarland ist, weiß man zur Genüge; trotz der Wirtschaftsblüte in Oberitalien ist das Volk im ganzen, schon in den Mittelprovinzen, noch viel mehr aber in Süditalien, auf Sizilien und Sardinien schrecklich arm und verwahrlost, mit oft unglaublich untermenschlichen Behausungsverhältnissen, mit noch weitverbreitetem Analphabetentum und einer Kindersterblichkeit von 60 bis 69 Promille im ersten Lebensjahr beim ländlichen und industriellen Proletariat.

Die neueste Regierungskrise, ausgelöst durch den Absprung der «Liberalen» (der Partei des Industrie- und Finanzkapitals), gäbe Gelegenheit, den Anfang zu einer gründlichen Gesundung dieser trostlosen Zustände zu machen. Sie wird aber vermutlich nur zu einer weiteren Verschiebung der parlamentarischen Mehrheit nach rechts führen und die Herrschaft des alten Dreibunds von Großkapital, Großgrundbesitz und Kirchentum eher noch festigen. Eine grundsätzliche Wendung der italienischen Politik wird erst möglich werden, wenn die Uneinigkeit der dem Sozialismus verpflichteten Linken durch eine aus dem Arbeiter- und Bauernvolk selbst herauskommende Bewegung überwunden sein wird — und davon merkt man noch immer fast nichts. Ein Haupthindernis für einen solchen Schulterschluß ist, neben einer gewissen Unzuverlässigkeit der Kommunisten, der Antikommunismus der Mehrheit der Sozialistischen Partei, deren Führer Nenni darum hartnäckig nach einer Koalition mit der großen

Regierungspartei der Christlich-Demokraten (Democrazia Cristiana, D. C.) trachtet, wenn auch mit einem fortschrittlichen Programm.

Eine Minderheit der Partei, deren bester Kopf Lelio Basso ist, bekämpft seit Jahren diese Tendenz. In den «Problemi del socialismo» (Nr. 12/1959) legt er in einem sehr bemerkenswerten «Offenen Brief an Pietro Nenni» die Gründe dar, die eine völlig andere Einstellung der linkssozialistischen Bewegung verlangen. Der italienische Faschismus, so schreibt er, war das Ergebnis der ganzen geschichtlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes. Die Aufgabe, die sich den italienischen Demokraten stellte, war darum nicht einfach die Wiederherstellung der sogenannten demokratischen Gesetzlichkeit, sondern die Verdrängung der großkapitalistischen Kräfte aus der politischen Leitung des Landes, und das machte tiefgreifende Strukturreformen nötig, ohne die keine lebensfähige politische Demokratie möglich ist. Die Erreichung dieses Zieles ist aber nur möglich auf Grund eines planmäßigen, umfassenden Kampfes breiter Volksschichten und mit Hilfe eines klaren Programmes für die demokratische Erneuerung Italiens, nicht auf Grund von Kompromissen der Parteispitzen mit den konservativen Kräften oder durch parlamentarische Kombinationen mit den Parteien, die jene Kräfte vertreten. Die treibende Kraft einer solchen Bewegung muß die Sozialistische Partei sein, die sich aber weder einer Volksfrontpolitik im Sinne der Kommunisten noch einem Antikommunismus sozialdemokratischer Art verschreiben darf.

Der Weg zu einer wirklichen Demokratie in Italien führt, wie Basso immer und immer wieder betont, einzig über die Zerbrechung des Bündnisses der jetzt den Staat beherrschenden Mächte. Und das wiederum ist nur möglich, wenn die katholischen Arbeiter der Vormundschaft der Christlich-Demokratischen Partei entrissen werden, die, wie in anderen Ländern auch, die Aufgabe hat, die Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeitermassen und der demokratischen Reife des katholischen Laienvolkes zu bremsen, um einen Regierungsblock im Dienste der herrschenden Minderheitskräfte an der Macht zu halten. Es wäre eine Selbsttäuschung, wollte die Sozialistische Partei auf eine Spaltung der Christlichdemokraten und auf eine Verbündung mit ihrem linken Flügel spekulieren, sind doch auch die Fanfani und Moro tatsächlich nur Werkzeuge der antidemokratischen und antisozialistischen Kräfte, die die Aufrechterhaltung der Macht des Klerikalismus und der Monopole wollen. Ein Zusammengehen mit ihnen auf Grund bloßer parlamentarischer Kombinationen müßte die Sozialistische Partei auf den verhängnisvollen Weg der westdeutschen Sozialdemokratie führen, die mit ihrem Verzicht auf einen wirklich sozialistischen Kampf und ihrem sturen Antikommunismus aufgehört hat, eine Kraft wirklicher Erneuerung der Wirtschafts- und Sozialstruktur ihres Landes zu sein. Die Verbündung mit irgendwelchen Kräften, die die herrschenden Mächte vertreten, mit Frontstellung

gegen die heute weithin den Kommunisten folgenden Arbeitermassen, wäre ein Verhängnis nicht nur für die Sozialistische Partei, sondern vor allem für die so dringend notwendige demokratische Erneuerung Italiens. «Gewiß», so schließt Basso, «der Weg einer apertura a sinistra (das heißt einer Koalition der Christlichdemokraten mit der nichtkommunistischen Linken), einer einfachen nachgeordneten Teilnahme an der Mehrheitsgruppierung, mag kürzer sein. Aber er wäre unvermeidlicherweise dazu bestimmt, den Weg zur Demokratie noch länger, mühsamer, härter zu machen.»

Zum Glück scheinen in dem Augenblick, da ich schreibe, die Aussichten auf eine Koalition der Partei Nennis mit der Democrazia Cristiana sehr gering zu sein. Die alte Regierungskoalition wird, wohl etwas geflickt, von neuem die Geschäfte übernehmen. Die Sozialistische Partei gewinnt so Zeit, sich auf ihre wirkliche Aufgabe zu besinnen. Wird sie die Atempause benützen und die Sammlung der Linkskräfte vorbereiten, die allein Italien aus seiner Starre und Rückständigkeit herausheben und sein Volksleben, seine Wirtschaft und seinen Staat erneuern kann?

Begegnung mit der Revolution

Aber wenden wir uns nochmals der revolutionären Bewegung der unterentwickelten Völker und Klassen als Gesamtheit zu, die die Welt so völlig in Atem hält und von Grund auf erschüttert. Die überentwickelten Nationen sehen daran nur das Gewalttätige, Auflösende, Umstürzende, verstehen aber nichts von den dahinter wirkenden Triebkräften — *wollen* nichts davon verstehen, weil sie mit *ihrem* Lebensstil ganz zufrieden sind und ihn noch gar als die Höchstform von Freiheit und Menschenrecht preisen. Aber das Gericht darüber ist schon auf dem Weg. «Wenn ihr Amerikaner den Weg fortsetzt, den ihr jetzt geht, werden sich viele meiner Landsleute dem Kommunismus zukehren», schreibt Richard Shaull, ein seit langem in Kolumbien und Brasilien wirkender nordamerikanischer Missionar und Professor, in seinem Buch «Encounter with Revolution[1]». Und was den Vereinigten Staaten gesagt werden muß, das sollten auch die anderen Westländer allmählich wissen — England, wo es den Leuten «niemals so gut ging wie jetzt», Westdeutschland mit seinem «Wirtschaftswunder» und nicht zuletzt unsere Schweiz, die in ihrem Wohlleben fast erstickt. Vor allem sollten es sich die Christen gesagt sein lassen, die in erster Linie die Aufgabe haben, die Welt zu verändern, und zwar durch die Schaffung einer eigenen, der Botschaft Jesu gemäßen gesellschaftlichen Lebensform, die dem Dynamismus der kommunistischen Bewegung überlegen wäre. Aber wie steht es damit? Lateinamerikanische Studenten, so schreibt Shaull, haben

[1] Ich habe vergeblich versucht, das 1955 erschienene und offenbar vergriffene Buch aus den Vereinigten Staaten zu bekommen, und muß es deshalb nach «The Plough» (Nr. 4/1959), der Vierteljahresschrift der Bruderhofgemeinschaften, zitieren.

manchesmal gesagt: «Euch Protestanten scheint nur daran zu liegen, die Menschen dazu zu bringen, daß sie das Rauchen, Trinken und Tanzen aufgeben; wenn aber die Kommunisten zu uns reden, so sprechen sie davon, daß man die Hungrigen speisen, die Unwissenden lehren und der Ausbeutung und Ungerechtigkeit ein Ende machen müsse.» Das Wesen des christlichen Glaubens als der Offenbarung von Gottes Willen für uns und die Welt muß, wie der Verfasser aufs stärkste betont, notwendigerweise einen bestimmten Lebensstil in der christlichen Gemeinschaft hervorbringen. Das verlangt nicht nur die Aufstellung einer Reihe von strengen sittlichen Regeln, sondern die Schaffung einer allumfassenden neuen Lebensform, die sich radikal von dem Leben der bestehenden Gesellschaft unterscheidet und gerade darum die von den revolutionären Bewegungen unserer Zeit gestellten Probleme lösen hilft.

Genau zum gleichen Schluß kommt ein anderer Amerikaner, Jacques Ellul, der in seinem Buch «The Presence of the Kingdom» («Die Gegenwart des Reiches») dem bürgerlichen und dem kommunistischen Lebensstil den christlichen Lebensstil entgegensetzt: «Wenn wir das Leben der Christen in unseren Kirchen anschauen, so bemerken wir sicher, daß sie gute Söhne, Väter, Gatten, Arbeitgeber und Arbeiter sind; . . . sie haben viele individuelle Tugenden — aber sie haben keinen Lebensstil, oder vielmehr, sie haben genau denjenigen, der ihnen von ihren soziologischen Umständen aufgedrängt worden ist, das heißt von ihrer Gesellschaftsschicht, ihrem Volk, ihrer Umgebung und so fort. Ihr Lebensstil wird nicht von ihrer geistigen Haltung bestimmt, sondern von ihren politischen oder wirtschaftlichen Verhältnissen . . . Vielen Christen wird es aber gegenwärtig vollauf klar, daß das ein unerträglicher Zustand ist und daß er, falls er fortdauern darf, den völligen Zusammenbruch der westlichen Kirchen vorbereitet.» (Nach «The Plough».)

Die Warnung könnte nicht ernster, nicht besser begründet sein. Hören wir sie? Helfen wir mit, der riesenhaften Revolution, die mit der Gewalt eines Naturereignisses in unsere Welt einbricht, diejenige Gestalt zu geben, die vor dem christlichen Gewissen und damit auch vor einer wirklich freiheitlichen Sinnesart bestehen kann?

11. März. *Hugo Kramer*